Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1898

65 (18.3.1898) II. Blatt

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorausbezahlung.

Redaktion und Expedition:
Hirschstraße 9.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokale Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Bemerkungen:
Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 65 II. Blatt. Karlsruhe, Freitag, den 18. März 1898

Badischer Landtag.*)

* Karlsruhe, 17. März.

57. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Am Regierungstisch: Ministerialpräsident Dr. Eisenlohr, Ministerialdirektor Schenkel, Geh. Oberregierungsrat Baader, Ministerialrat Dr. Glockner, Ministerialrat Heil.

Präsident Gönner eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Einlauf: Eine Petition von Gewerbevereinsmitgliedern aus Kenzingen, die Abänderung der Lokalzüge und Weiterführung derselben von Riegel nach Kenzingen.

Abg. Lauck (Ctr.) berichtet namens der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern. Die Kommission beantragt, sämtliche Anforderungen A. im ordentlichen Etat unter Titel I Ministerium §§ 1—5, zu § 1 B 4 vorbehaltlich der Genehmigung des zu erwartenden Entwurfs einer Gesetzesnovelle betr. die Ergänzung des Gehaltstarifs. Titel II Landeskommissär §§ 1—5. Titel III Verwaltungsgerichtshof §§ 1—5. Titel IV Verwaltungshof §§ 1—5. Titel V Generallandesarchiv §§ 1—4. Titel VI Oberrechnungsamt §§ 1—2. Titel VII Rheinschiffahrtsbehörden §§ 1—2. Titel VIII Für Durchführung sozialer Gesetze §§ 1—5. Titel IX Bezirksverwaltung und Polizei §§ 1—25. Titel X Allgemeine Sicherheitspolizei §§ 1—16. Titel XI Milde Fonds und gemeinnützige Anstalten §§ 1—8. Titel XVIII Verwaltung des Bergwesens §§ 1—5. Titel XIX Für die geologische Landesaufnahme §§ 1—2. Titel XX Allgemeiner Unterstützungs- und Belohnungsfonds §§ 1—2. Titel XXI Verschiedenes und zufällige Ausgaben §§ 1—3. B. im außerordentlichen Etat unter Titel V § 1. Titel VI § 1. Titel IX §§ 1—5 und 7—11. Titel X § 1. Titel XI §§ 1—6. Titel XIX § 1, ferner sämtliche Einnahmen A im ordentlichen Etat Titel I Durchführung der sozialen Gesetze § 1. Titel II Bezirksverwaltung und Polizei §§ 1—8. B. im außerordentlichen Etat Titel IX Geologische Landesaufnahme § 1 zu genehmigen.

Abg. Venedey (Dem.) sieht sich heute aus verschiedenen Gründen nicht veranlaßt, aus politischer Kourtoisie der Verwaltung des Ministers im allgemeinen seine Anerkennung auszusprechen und erst dann mit einzelnen Beschwerden zu kommen. Er unterlasse das einmal wegen der Haltung der Regierung und speziell des Ministers des Innern dem Mißtrauensvotum gegenüber, und zum andern, weil die Kourtoisie der Opposition zu Mißdeutungen verschiedener Art, insbesondere in der nationalliberalen Presse geführt habe. Man habe die Haltung der Opposition entschieden nicht verstanden. Die Opposition habe den Minister durchaus nicht für unersetzlich erklären wollen. Die politische Thätigkeit des Ministers gehe noch über dessen praktische hinaus. Redner spricht von Idealismus, Gefühl und Vertrauen, die höher zu werten seien, als die praktischen Dinge. Und hier fehle der Minister sehr, der immer mit seinen Oberamtmännern für die nationalliberale Partei eintrete. Das habe man bei der Reichstagswahl im 2. Wahlkreis gesehen und auch bei den Landtagswahlen. Die Besprechung der ersteren Wahl werde wohl von einer anderen Seite ausgehen, die durch ihren Kandidaten daran näher beteiligt sei. Wie würde man mit einem Oberamtmann umspringen, der für die Radikalen eintreten würde! Die Ansicht verbreite sich immer mehr, wie der neuliche Fall von Stockach zeige, daß wenn man eine „Gefälligkeit" erreichen wolle, man zur nationalliberalen Partei halten müsse. Wenn der Minister mit der Opposition in die Versammlungen hinausginge, würde er diese Aeußerungen bestätigt bekommen. (Kein Wunder bei der fortgesetzten Hetze! Die Red.) Die Oberamtmänner sollten in ihren Bezirken sich des Eingreifens in das öffentliche Leben enthalten. (Von den Kaplänen schweigt Herr Venedey. Die Red.) Das Ministerium selbst habe ganz haltlose Klagen wegen Stimmenkaufs veranlaßt und er müsse sein Bedauern auch darüber aussprechen, daß das Justizministerium sich so willfährig dem Ministerium des Innern gegenüber erwiesen habe. So entstehe der Eindruck, daß Baden eine Domäne des Nationalliberalismus sei. Leute von steifem Rückgrat könnten gar nicht in die badische Verwaltung eintreten (sondern müssen radikale Spießträger des Herrn Wacker werden. D. Red.). Redner beschwert sich darüber, daß der Sozialdemokrat Bebel seinen elsässischen Wählern nicht in Baden öffentlich Bericht erstatten dürfe. Er, Venedey, habe einmal einem Bericht Bebels zugehört und sei überrascht gewesen über dessen Mäßigung. Auf einer oberbadischen Versammlung sei es einem jungen Referendär passiert, daß er auf Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes aufmerksam gemacht werden mußte. Auskunft möchte er über eine Zeitungsnachricht, nach der der Polizeipräsident in Frankfurt polizeiliche Aufsicht über Baden habe. Das Amtsverkündigerwesen sei eine politische Brunnenvergiftung der schlimmsten Art. In den letzten Monaten hätten die Amtsverkündiger eine geradezu schamlose Hetze gegen die Opposition betrieben und in den Landtagsberichten würden die Oppositionsreden geradezu totgeschwiegen. (Wir raten Herrn Venedey dringend, in dieser Beziehung vor der eigenen Parteithüre zu kehren. In einem Amtsblatt, das von einer demokratischen Feder bedient wird, ist z. B. die patriotische Rede des Centrumsabg. Birkenmayer bei der Friedensdebatte vollständig totgeschwiegen worden. D. Red.) Redner spricht wiederholt von politischer Brunnenvergiftung und einem Kampf mit unehrlichen Waffen. (Auch bezüglich des Kampfes mit unehrlichen Waffen möge Herr Venedey vor der eigenen Parteithüre kehren. Wir empfehlen dem unschuldigen Herrn, sich zu erkundigen, wie es mit einem in der Presse schon mehrfach erwähnten Artikel steht, der von einer Herrn Venedey nahestehenden Seite in einen Amtsverkündiger eingeschmuggelt, dann im „Landesboten" als „nationalliberale Intrigue" abgedruckt wurde, obwohl der Artikel, wie sein demokratischer Verfasser vor Gericht unter den Daumenschrauben des Eides zugestand, zu dem Zweck verfaßt war, die widerspenstigen Freisinnigen bei der Karlsruher Landtagswahl wieder der Opposition zuzuführen. Die Beweise stehen Herrn Venedey jederzeit zur Verfügung, damit er sieht, wo „politische Brunnenvergiftung der schlimmsten Art" und wo der Kampf mit „unehrlichen Waffen" geführt wird. D. Red.) Der Redner schließt mit der Behauptung, auch der letzte Fonds des Vertrauens in die Unparteilichkeit der Verwaltung sei aufgebraucht. (!)

Minister Eisenlohr: Venedey habe den schweren Vorwurf einer parteiischen Verwaltung gegen ihn und die Oberamtmänner erhoben. Die Oberamtmänner handeln aber, wenn sie sich an den Wahlen beteiligen, nur in Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte und daran werde er sie nicht hindern. Er könne nur sagen, machen Sie ein Gesetz, wonach das den Oberamtmännern verboten wird, dann wollen wir sehen, ob das durchgeht. Die Oberamtmänner hätten freilich meistens liberale Ansichten, was er nur wünschen könne, da er in seiner Verwaltung unterstützt werden und die Ziele gewisser Parteien, besonders der sozialdemokratischen und antisemitischen, bekämpfen müsse. Bezüglich der Wahlen habe er keine Anordnungen getroffen, außer der, daß Entstellungen und Verdächtigungen der Handlungen und Absichten der Regierung entgegengetreten werden müsse. Das werde doch auch zu Redners Rechten gehören. Weiter habe Venedey in allerdings sehr verklausulierter Weise die Oberamtmänner verdächtigt, daß sie auch in ihrer Verwaltung parteiisch handeln. Venedey habe allerdings nur gesagt, das Volk müsse das glauben. Ich fordere den Abgeordneten Venedey auf, diesen schweren Vorwurf mit Beispielen zu erhärten, ob irgend ein Bezirksbeamter in seiner Verwaltung parteiisch gehandelt und den Einen berücksichtigt hat, weil er liberal ist, den andern aber nicht, weil er einer andern Partei angehört. Ich fordere ihn auf, Beweise beizubringen. Venedey kann nicht sagen, man glaubt das. Wenn man freilich den Wählern imputiert, daß sie schon vor dem Rock eines Polizeidieners eine fürchterliche Angst haben, so daß sie trotz der geheimen Abstimmung nicht wählen, wie sie möchten, dann stellt man dem Volke ein gutes Zeugnis aus, und das allgemeine Stimmrecht hat dann seine volle Berechtigung! Bezüglich des Stimmenkaufprozesses in Konstanz habe er lediglich seiner Pflicht genügt, wenn er die ihm zugegangene Anzeige von einer strafbaren Handlung der Staatsanwaltschaft übergab. Die Staatsanwaltschaft habe eine Verurteilung als zweifelhaft bezeichnet, aber gerade damit volle Klarheit geschaffen werde, habe er es dem Justizministerium als wünschenswert bezeichnet, daß die Sache dem Gericht übergeben werde. Zur Verhandlung sei die Sache dann gekommen auf grund des Beschlusses der Konstanzer Strafkammer, die nach ihrem Beschluß vom 12. Nov. 1897 den Pfarrer Baumgärtner für „hinreichend verdächtig" erachtete. Daß der Pfarrer freigesprochen wurde, sei Redner sehr angenehm gewesen. Auf die alten Bekannten, die Bebelversammlung in Neumühl und die Amtsverkündiger, werde er später zurückkommen und wolle nur noch bemerken, daß ihm eine Bestimmung über eine Aufsicht des Polizeipräsidenten in Frankfurt bezüglich Badens gänzlich unbekannt sei.

Abg. Fieser (lib.): Venedey habe mit großer Ueberzeugung kühne Behauptungen in den Tag hinausgesprochen, aber nichts bewiesen. Er habe gesagt, daß die Nationalliberalen den im Amt befindlichen Ministern immer ergeben seien. Auf welchen früheren Vorgang habe denn die Opposition in den letzten Tagen ihr Mißtrauensvotum teilweise gegründet? Vor der Thür stehe der frühere Abg. Hansjakob, der heute leider nicht mitzusprechen habe, sonst würde er bezeugen, daß die Nationalliberalen es an Opposition nicht haben fehlen lassen. Redner erinnere auch an die Kämpfe mit dem energischen Minister Jolly wegen der konfessionslosen Schule. Die Nationalliberalen unterscheiden sich freilich von den Demokraten dadurch, daß sie nicht wie diese unter allen Umständen Opposition machen. (Widerspruch bei der Opposition.) Gegen den Minister seien schwere Vorwürfe erhoben worden. Der Minister ist natürlich nur unparteiisch, wenn er die Opposition begünstigt. Sobald er das nicht thut, ist er parteiisch. Das wissen wir. Bis aber der Minister im Sinne der Opposition unparteiisch werde, dürfte es noch gute Wege haben. Die Opposition möge aber nicht annehmen, daß die Liberalen in allem mit dem Minister einverstanden seien. Ohne die Zurückhaltung der Regierung wäre die Opposition nicht so mächtig geworden und die Verhetzung nicht so groß geworden. Venedey habe die nichtigsten Tiraden wegen der Amtsverkündiger losgelassen. Etwas kleineres und schwächeres sei ihm nicht vorgekommen. Die Opposition habe Blätter und Leute genug, welche die kleinen Reden der Opposition groß bringen und Berge von Verleumdungen zusammenschreiben. (Oho! in der Opposition.) Er bedaure, daß er diesen Ton hier anschlagen müsse, aber er habe es genug, seine Partei in dieser Weise angegriffen zu sehen. Die Oberamtmänner haben ganz Recht, wenn sie von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch machen; thatsächlich wird der letzte Fonds des Vertrauens tagtäglich zu untergraben gesucht durch die Verhetzung des Volkes. Venedey habe eine gründliche Abfertigung von dem Minister erhalten, auch als Jurist, denn er habe wissen müssen, daß die Konstanzer Verhandlung nur auf Grund einer Gerichtsentscheidung habe stattfinden können. Venedey habe sogar von der Vaterlandsliebe gesprochen. Mit dieser scheine er den Partikularismus zu meinen. Die Nationalliberalen aber verstünden darunter etwas ganz anderes als die fortgesetzte Verhetzung gegen das Reich und die Autorität. (Beifall.)

Abg. Wacker: Das Bravo der Nationalliberalen gebe der Rede Fiesers keine höhere Bedeutung. Die Herren hätten allerdings alle Ursache, nach den Vorgängen der letzten Tage sich nach außen hin einig zu zeigen. Fieser habe das Mißtrauensvotum als recht unbedeutend hingestellt. Allein im Ministerium und auch an einer höheren Stelle habe man offenbar eine etwas andere Ansicht gehabt. Durch die Erklärung in der „Karlsruher Zeitung" seien er und seine Freunde nicht überrascht worden. Seine Partei lasse sich in ihrem guten Recht (Mißtrauensvoten zu erteilen) nicht schmälern und schmälere auch die Rechte des andern Faktors nicht. Die Frage sei für die Zukunft nur die, ob es zweckmäßig sei, in einem konstitutionellen Staat dauernd einen Minister zu haben, der nur das Vertrauen eines Teils der Volksvertretung habe. Wenn man die den Liberalen nahestehende Presse lese, könnte man meinen, die Opposition hätte nichts ungeschickteres thun können, als das Mißtrauensvotum zu beschließen. In der liberalen Presse lese man Kundgebungen, die sehr schwer zu charakterisiren seien, wenn man einen bestimmten Ton einhalten wolle. In einem der ersten Blätter sei von Gassenpolitikern die Rede gewesen. Dieser Ton erinnere allerdings an Leute, die auf der Gasse zu Hause seien. Aus diesen Kundgebungen spreche eine Unreife in der Beurtheilung, eine Unbescheidenheit in der Behandlung, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, wie sie größer nicht gedacht werden könnten. Mit der Aufnahme des Mißtrauensvotums in anderen Kreisen der Bevölkerung könne seine Partei nur zufrieden sein. (?) Die Phantasie des Abg. Fieser von der Steuerverweigerung sei auch von der liberalen Presse zum Nachteil des Centrums breitgeschlagen worden. Er gebe noch eine Erklärung heute ab, nicht im Auftrage seiner politischen Freunde, aber im Sinne derselben. Es könnte sich nahelegen, das außerordentliche Budget des Ministeriums des Innern zu kürzen. Bei näherer Prüfung würde der eine oder andere Posten sich finden, der ohne Schädigung des Landes gestrichen werden könnte. Dennoch wollten seine Freunde das nicht thun und einzelne Bemängelungen dürften nicht in diesem Sinne gedeutet werden. Aber Redner könne die Garantie nicht übernehmen, daß auf einem kommenden Landtag, von ihm oder einem andern, dasselbe Verfahren vertreten werde. Er gebe dem Minister zu erwägen, ob es nicht auch für das Ministerium des Innern ratsam wäre, in der Art des Auftretens den andern Ressortchefs sich mehr zu nähern. Das Ministerium des Innern solle das Mißtrauensvotum als eine ausdrückliche Warnungstafel betrachten, die aufgepflanzt sei nicht nur im Hause, sondern im Lande. Fieser habe von alten Ladenhütern gesprochen, aber das sei ja eine alte Klage, daß der Minister des Innern die Beschwerden der oppositionellen Seite des Hauses anders behandle und sich dadurch nur in mehr oder minder große Erregung bringen lasse. Die Aufgabe, Parteien zu bekämpfen, könne er dem Minister in einem konstitutionellen Staate nicht zuerkennen. Wären wir parlamentarisch regiert, dann hätte der Minister Recht. Bei uns gelte vielmehr der Ausspruch eines anderen der Minister, daß die Regierung über oder neben den Parteien stehen müsse. Der Minister des Innern habe für den bewußt katholischen Teil des Volkes keine Berücksichtigung. Redners Freunde könnten auf ein gutes politisches Gewissen Anspruch erheben. Deshalb beklagten sie es, daß nicht nur beim Ministerium, sondern auch an einer andern Stelle das Centrum die richtige Würdigung nicht finde. Die Hauptverantwortung dafür trage das Ministerium des Innern, das die Berichterstattung übernommen habe. Das Centrum müsse den Standpunkt Fiesers zurückzuweisen, daß wegen der relativen Mehrheit der Liberalen der Minister des Innern ein Liberaler sein müßte. Zwischen 21 und 26 sei kein großer Unterschied und wenn das Centrum 26 Abgeordnete hätte, würde Fieser eine andere Meinung haben und sich dann, wenn auch aus andern Gründen, im Einklang mit ihm, Wacker, befinden. Die Opposition gegen Jolly sei nur erfolgt, weil Jolly als Herr über der Partei stehen und, aus Rücksicht nicht auf das Volk, sondern auf eine andere Stelle, im Kulturkampf nicht so weit gehen wollte, wie die Liberalen. Heute würden die Liberalen so etwas nicht mehr wagen. Die Opposition gegen Stösser sei ohne jeden Anlaß nur deshalb erfolgt, weil Stösser sich emanzipiert habe von der liberalen Partei. Die staatsbürgerlichen Rechte der Amtsvorstände wolle kein Mensch beschränken. Die Frage sei vielmehr die, ob die Machtmittel der Oberamtmänner einseitig in den Dienst einer Partei gestellt werden Personen gegenüber, die abhängig von diesen Machtmitteln seien. Redner bespricht die Anwesenheit des Ministers bei dem landw. Gaufest in Thiengen, das eine Wahlversammlung gewesen sei. In einer Rede habe der Amtsvorstand den Abg. Kriechle begrüßt und die Hoffnung geäußert, daß derselbe wiedergewählt werde. Dann sei der Minister mit einer Rede gekommen, habe aber darin den Oberamtmann nicht rektifiziert und auch kein Wort der Anerkennung für die Thätigkeit der Volksvertretung gehabt, sondern gesagt, das Wirken der Regierung für die Landwirtschaft könne nur von Erfolg sein, wenn Regierung und Volk einig seien. Dann habe der Minister auch den Abg. Kriechle begrüßt. Der Minister sei aber nicht dazu da, Wahlreden zu halten und einen gefährdeten Bezirk für die liberale Partei zu retten. Er sei begierig, wie der Abg. Klein, der damals auch dabei gewesen und stark in den Hintergrund getreten sei, dem Minister beispringen werde. (Abg. Klein: Warten Sie das gefälligst ab!) Was den Konstanzer Fall betreffe, so habe der Minister des Innern ein großes Interesse daran gehabt, einen anderen Wahlprotest zu paralysieren. Die Verhandlung sei thatsächlich auf Wunsch des Ministers beschlossen worden. In einer andern Gemeinde sei ein unerhörter Wahlbetrug verübt worden. Hier aber sei keine Anklage veranlaßt worden. Fieser habe gar keine Kenntnis von der gegnerischen Presse, die ihn zu seinem Urteil über dieselbe berechtigte. Es sei ein schreiender Unfug, daß ein großer Teil des Publikums genötigt sei, eine ihm nicht zusagende politische Kost auch noch zu bezahlen. Das Ministerium des Innern unterhalte mit den Bekanntmachungen eine nationalliberale Parteipresse. Laut Vertrag hätten die Amtsverkündiger sich eines angemessenen Tones zu befleißigen. Es scheine aber, daß sie freie Pirsch gegen andere Parteien und Personen haben. Nur wenn sie nach „oben" nicht fügsam seien, würde eingeschritten. Soviel er wisse, bestehe immer noch die Thatsache, daß das Amtsblatt für die große Stadt Konstanz in Ueberlingen erscheine. Das sei ein äußerst interessantes Verhältnis. Und ebenso erscheine das Amtsblatt für Pforzheim in Durlach. Das seien ja Verhältnisse, die zum Lachen reizen. Was hätten denn die betr. Blätter besonders schlimmes verbrochen? Dem Pforzheimer Blatt scheine allerdings ein schlimmer Lapsus passiert zu sein, das Konstanzer Blatt aber habe lediglich geglaubt, auch einmal nach der Regierungsseite in der bekannten Weise ausschlagen zu dürfen. Man werde kein Wort des Bedauerns mit diesen Blättern von ihm hören, aber es handle sich um die Sache. Er lade die Kammer ein, für einen Antrag zu stimmen, daß die Groß. Regierung für jeden Kreis Kreisverkündigungsblätter einrichte, in welche die Bekanntmachungen von Staat und Gemeinde unentgeltlich aufzunehmen wären. Würden Privatanzeigen zugelassen, so würde der Ertrag den Kreisen oder dem Staat zugute kommen.

Minister Eisenlohr: Der Abg. Wacker habe vor einigen Tagen erklärt, einen Bruchteil des Mißtrauensvotums werde er erst später begründen. Das sei ein eigentümliches Verfahren gewesen: Zuerst kommt das Urteil und später die Anklagebegründung. Das habe beinahe an einen Prozeß erinnert, der in unserem Nachbarlande Frankreich die Gemüter beschäftigte. Die Worte, die Wacker heute aufwendete, um seine damalige Anklage zu begründen, hätten Redner ziemlich beruhigt und er glaube nicht, daß wenn Wacker sie damals gesprochen hätte, er einen größeren Effekt erzielt und weitere Stimmen für sein Mißtrauensvotum erobert hätte. (Heiterkeit.) Wacker habe heute den Vorwurf erhoben, daß er den katholischen Teil der Bevölkerung nicht recht würdige und berücksichtige. Zur Begründung dieser Behauptung habe er aber nichts angeführt, vielmehr lediglich auf seine Aeußerung über die Bekämpfung der Ziele gewisser Parteien hingewiesen. Allerdings müsse die Regierung die Ziele der Sozialdemokratie und des Antisemitismus bekämpfen, weil dieselben im Widerspruch mit den Grundlagen unseres Staatswesens sich befinden. Den Vorwurf Venedeys bezüglich der Beamten habe Wacker wiederholt. Redner müsse auch hier seine Aufforderung wiederholen. Wenn Sie mir einen Fall des Mißbrauchs der Amtsgewalt bringen können: Heraus damit! Die allgemeine Behauptung eines solchen ist aber sehr schwerwiegend. Der Abg. Wacker war so freundlich, zu sagen, daß die Beamten agitieren dürften, aber nur nicht in ihren Bezirken. Da möchte Redner einen anderen Vorschlag machen. Wenn Herr Wacker es bewirken würde, daß auch die Herren Geistlichen nur in anderen Bezirken agitieren dürfen, dann würde vielleicht eine Verständigung zu erreichen sein. (Heiterkeit.) So lange das nicht geschieht, möchte Redner auch den Amtsvorständen das Agitieren nicht verbieten, die doch auch ein Interesse daran haben, wie ihr Bezirk, in dem sie Wähler sind, vertreten wird. Er nehme die Beamten nicht in Schutz, wenn gegen sie eine gerechte Beschwerde erhoben werde, aber er schütze sie, wenn ungerechte Angriffe gegen sie erhoben werden. Darin erkenne er eine seiner ersten Pflichten. Und daß ungerechte Angriffe gegen sie erhoben werden, wisse Wacker selbst am besten. (Beifall im Saal und auf der Gallerie.) Was die landw. Gaufeste in Thiengen und Stockach betreffe, so sei er nur zu diesen und keinen anderen gegangen, weil eben im übrigen Lande keine Gaufeste stattfanden. (Heiterkeit.) In Thiengen habe er Herrn Kriechle sich gegenübersitzen sehen und da habe er gesagt, er freue sich, seinen Freund Kriechle, mit dem er durch langjährige politische Arbeit befreundet sei, zu sehen. Das sei doch nichts gewesen as der Ausdruck freundschaftlicher Gefühle und wenn die Wähler hierauf Rücksicht genommen haben, so könne ihm das ja nur erwünscht gewesen sein. Er glaube aber nicht, daß diese Worte so viel ausgemacht haben, sondern ganz andere Dinge der Wiederwahl Kriechles vorgearbeitet haben, nämlich die gehässigen Angriffe, die vorher im „Beobachter" gegen die Person des Herrn Kriechle erhoben worden sind. (Zustimmung.) Im übrigen habe er in Thiengen gesagt, daß die politischen Gegensätze zurücktreten sollten, wo es sich um das Wohl der Landwirthschaft handle, womit er also gerade betont habe, daß das Fest kein politisches sein solle. Wie aber die Herren auf der anderen Seite bereit sind, mit der Regierung für die Landwirthschaft zu arbeiten, haben die Herren Wacker, Schuler, Hennig u. s. f. gezeigt, als sie kürzlich gegen die Forderung für das landwirthschaftliche Wochenblatt stimmten. (Oh! im Centrum.) Ob er vergessen habe, den Landtag zu erwähnen, wisse er nicht, aber so wichtig sei die Sache doch nicht gewesen. Wenn der Oberamtmann Wild gesagt habe, man solle zur Regierung halten, so sei das im Munde eines Beamten etwas ganz natürliches. Bezüglich des Konstanzer Strafkammerfalles habe Wacker sich die sehr starke Behauptung erlaubt, daß auf Redners Wunsch das dortige Landgericht den Pfarrer für hinreichend verdächtig erklärt habe. Das sei eine sehr schwere Beleidigung des Gerichts, die er im Interesse unserer Justizpflege ganz energisch zurückweise. Die Verhandlung sei vom Gericht anberaumt worden, weil sehr gewichtige Verdachtsgründe vorlagen, die sich erst später aufklärten. Auch sei es unwahr, daß Redner in anderen Fällen keine Erhebungen angeordnet habe. Er habe für den Reichstag das ganze Material erheben lassen. Was die Amtsverkündiger betreffe, so habe vor wenigen Jahren die Kammer die ausdrückliche Billigung ausgesprochen. Fasse die Kammer wieder einen Beschluß, so werde die Regierung sich wieder auszusprechen Anlaß haben. Er wiederhole, die heutige nachträgliche Begründung des Mißtrauensvotums habe nichts gebracht und nur gezeigt, daß sie am Freitag recht wohl wegbleiben konnte. (Heiterkeit.)

Abg. Geck (Soz.): Wie die Justiz nicht schneidig, sondern gerecht sein soll, so solle auch die Verwaltung nicht schneidig, sondern gerecht sein. Es scheine, als ob die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Aus- und Unterlegung des Vereins- und Versammlungsgesetzes erfolgen solle, nachdem das Sozialistengesetz aufgehoben sei. Sei denn seit dieser Aufhebung des Sozialistengesetzes in Baden ein Fall vorgekommen, der eine Beugung des Gesetzes zu ungunsten der Sozialdemokratie notwendig mache? Der Glanzpunkt sei das Versammlungsverbot in Kehl vom 4. Okt. 1896. Wegen der konfusen Aeußerung eines Anarchisten sei schon zuvor eine Versammlung daselbst aufgelöst worden. Man habe sogar versucht, das Lokal der „Sonne" in Neumühl für baufällig zu erklären. Das sei aber nicht gegangen. Man habe die Versammlung für den 4. Oktober in den Garten der „Sonne" anberaumt, sie sei aber wegen der unabsehbaren Ausdehnung der Versammlung verboten worden. Auf der württembergischen Enklave Hohentwiel habe Bebel vor Tausenden sprechen dürfen. Aus Neumühl hätten die Gendarmen die Leute nach Kehl hineingetrieben und wenn die Leute nicht gleich gegangen wären, so wäre aus Neumühl ein Fuchsmühl geworden. (Abg. Fieser: Waren Sie dabei?) So sei die Sache thatsächlich zugegangen. Das badische Ministerium berufe sich bei Versammlungen in Baden auf den Diktaturparagraphen in Elsaß-Lothringen. Das sei eine schöne Verquickung. Die antisemitische Partei habe sich mit den Versammlungen

* Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

im Amt Kehl anders eingeführt, als die Sozialdemokratie. Wenn der Minister sich auf die Antisemiten beziehen würde, so wäre das etwas anderes. Aber die Sozialdemokratie habe zu einer solchen Behandlung keinen Anlaß gegeben. Auch innere Versammlungen der Sozialdemokratie seien in unzulässiger Weise überwacht worden. Redner selbst habe in Neumühl einen jungen Beamten belehren müssen, der sich dann beim Gendarmen Rats erholt habe. In einem andern Fall sei der Amtsvertreter von einem Arbeiter belehrt worden, daß ein eingeschmuggelter elsaß-lothringischer Kommissär in der Versammlung nichts zu suchen habe. Redner schildert sodann die Vorsichtsmaßregeln bei der Bebelrede in Offenburg, die sich selbst auf den Ausschank von Bier erstreckt hätten. In Offenburg sei der Staat gerettet gewesen, während in Kehl trotz der tausende von Soldaten die Versammlung verboten wurde. Auch der Parteitag der Sozialdemokraten sei polizeilich überwacht worden. Es sei deshalb ein Protest im Landtag beschlossen worden. Ueber das Vergnügen, von den sozialdemokratischen Vereinen und Fachvereinen das Mitgliederverzeichnis und die Statuten einzufordern, lache seine Partei. Bei einer Einforderung der Listen treten die Mitglieder, die von einer Mitteilung an die Fabrikanten etwas zu befürchten hätten, für 14 Tage aus. Der Fabrikinspektor erkläre diese so vexierten Fachvereinigungen für eine Notwendigkeit. Die unteren Polizeiorgane, Gendarmen, Bürgermeister und kleinen Beamten, hätten vielfach noch keine Ahnung davon, daß das Sozialistengesetz längst aufgehoben ist. Das habe sich bei der letzten Reichstagswahl im Bezirk Engen gezeigt. Die Regierung habe sich von einem Gendarmeriewachtmeister einen ganz erfundenen Bericht vorlegen lassen, auf Grund dessen über eine Wirtschaft das Militärverbot ausgesprochen wurde. Von der Ueberwachung des Offenburger Faschingszuges wolle er nicht weiter reden, wenn man aber die Leute so weiter ärgere, werde das nächste Mal nicht mehr Heimburger, sondern ein Sozialdemokrat gewählt. Diese Maßregeln freuen die Sozialdemokratie und wenn er sie zur Sprache bringe, so thue er es nur um des Ansehens des badischen Staates willen.

Minister Eisenlohr: Er habe gesagt, daß die Regierung Anlaß haben könnte, dem Treiben der Sozialdemokraten und Antisemiten entgegenzutreten. Das habe sich auf die Ziele bezogen, die sie verfolgen. Selbstverständlich sei dabei der Vorbehalt, daß dieses Entgegentreten nur auf dem gesetzlichen Wege geschehe. Geck habe von einer Beugung des Rechts gesprochen. Wer sei es aber, der das Recht beuge? In den letzten 2 Jahren seien 12 Auflösungen bezw. Verbote von Versammlungen vorgekommen, von denen 2 vom Ministerium als unbegründet erklärt wurden. Von den übrigen 10 wurden 4 (antisemitische) wegen Ruhestörung oder wegen der Gefahr einer Wiederholung einer früheren Ruhestörung verboten; einen politischen Charakter hatte das also nicht. Von den übrigen 6 wurden 5 wegen Verhöhnung der aufsichtführenden Beamten aufgelöst bezw. wegen Beleidigung der Behörde und der Regierung. In solchen Fällen sei der Beamte auf grund des Vereinsgesetzes in der Lage, einzuschreiten. Daß Mißgriffe hierbei vorkommen können, gebe er zu, aber bei der Ueberproduktion von Versammlungen (Heiterkeit) könne er keine Ministerialräte zur Ueberwachung schicken. Nun komme er zu dem großen Fall von Neumühl; groß, weil es sich um die Person Bebels handelte (Heiterkeit.) Auch dieser habe keine politische Bedeutung gehabt, denn Versammlungen für Bebel haben nachher, z. B. in Villingen unter freiem Himmel, stattgefunden. In Neumühl sei es aber bei einem früheren Fall zu einem Zwischenfall gekommen, infolgedessen eine Person zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt wurde und die Auflösung notwendig war. Es habe sich gezeigt, daß die Auflösung nicht so leicht sei und es zu tumultuarischen Auftritten kommen könne. Geck habe gesagt, man hätte ja eines der vielen Bataillone in Bewegung setzen können. Aber davor werde sich das Bezirksamt hüten. Wenn einmal die Bataillone da sind, wird nicht so rücksichtsvoll verfahren. Auch möchte Redner das Geschrei erlebt haben, wenn man hiezu gegriffen hätte. Dazu sei gekommen, daß es sich um eine Versammlung für Elsaß-Lothringer handelte. Die Erregung diesseits und jenseits des Rheins wäre dieselbe gewesen und die Herren irren sich, wenn sie glauben, sie dürften, wenn eine Versammlung in Straßburg verboten ist, einfach über die Rheinbrücke gehen. Dazu biete er die Hand nicht. Die Regierung war zur Rücksicht auf Elsaß-Lothringen verpflichtet, dieselbe Rücksicht hat sogar die Republik Frankreich geübt, indem sie eine Versammlung Bebels an der Grenze verbot. Die soz. Landesversammlung sei eine öffentliche Versammlung, weil zu ihr auch Nichtmitglieder — „Freunde" — Zutritt haben, und keine Vereinsversammlung. Ob das Bezirksamt Offenburg den Durst der Teilnehmer an der Bebelversammlung nicht genügend gewürdigt habe, in diese delikate Frage mische er sich nicht ein. (Heiterkeit.) Die Listeneinforderung sei nach dem Vereinsgesetz zulässig, in einer Mitteilung an die Fabrikanten aber würde er einen schweren Verstoß gegen die Amtspflichten erkennen. Daß der Gendarm einen falschen Bericht erstattet habe, müßte erst bewiesen werden. Wenn Geck zum Schluß behauptete, das Vereins- und Versammlungsgesetz werde fortwährend falsch angewendet, so frage Redner, warum man denn nicht den einfachen Weg beschreite und ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofs herbeiführe? (Sehr richtig!) Die Gegner aber fürchten es. Es ist auch viel bequemer für sie, einen Minister als „Mörder der Freiheit" hinzustellen, der diesen Rechtsschutz herbeigeführt hat. Redner würde sich dem Urteil des Gerichts unterwerfen, könnte aber auch erwarten, daß die Sozialdemokraten sich fügen und Behauptungen unterlassen, wie sie heute erhoben wurden. (Beifall.)

Abg. Dr. Binz (lib.): Es sei eigentümlich, daß die Sozialdemokratie bei all' ihren Beschwerden noch nie Gebrauch von dem jedem badischen Bürger freistehenden Rechtsmittel Gebrauch machte. Mit der Spekulation auf den Zulauf der Unzufriedenen stelle die Sozialdemokratie den Zuläufern eigentlich ein Armutszeugnis aus. Thatsächlich suche auch die Sozialdemokratie Unzufriedenheit zu säen und daraus Nutzen zu ziehen. Geck habe gesagt, die Sozialdemokratie sei eine wirtschaftliche Partei, aber im wesentlichen trete sie als politisch radikalste Partei auf. Thron und Altar suche sie zu stürzen, weil sie diesen Sturz als Vorbedingung für ihren Sieg erkenne. Die Behauptung Gecks, auf den Universitäten werde die Sozialdemokratie gelehrt, sei unwahr. In den sozialdemokratischen Versammlungen werde freie Diskussion zugesichert, gehe man aber in eine solche Versammlung, dann werde man niedergeschrieen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Fieser habe das in der Festhalle in Karlsruhe selbst erlebt. Das liberale badische Vereins- und Versammlungsgesetz solle auch liberal angewendet werden. Von Beugung des Gesetzes könne in Baden keine Rede sein. Ein Volksvertreter wie Geck sollte angesichts der Rechtsgarantien durch unsere Gerichte und den Verwaltungsgerichtshof solche Vorwürfe nicht erheben. Irrtümer könnten vorkommen, aber auch Geck werde nicht behaupten wollen, daß er unfehlbar sei. Das Beispiel von Kehl sei unglücklich gewesen. Baden ist nicht dazu da, damit dem elsaß-lothringischen Gesetz eine Nase gedreht wird. Abg. Wacker sei am allermeisten veranlaßt, von Bonndorf in diesem Hause möglichst wenig zu reden. (Abg. Wacker: Oho!) Was Wacker im letzten Jahre gegen Bonndorf gethan, sei wahrhaftig kein Ruhmesblatt für ihn. Wie Wacker sich heute mit dem Mißerfolg des Mißtrauensvotums abgefunden habe, beweise ihm, daß er, um ein kürzliches Wort Wackers zu variieren, bezüglich des Findens des Ranks beim Abg. Wacker noch in die Schule gehen könnte. Man dürfe aber mit Wacker nicht allzu schlimm ins Gericht gehen. Aber bemerken möchte Redner doch, daß Wacker, der kürzlich erklärte, daß seine Partei wesentlich negativ zum Ministerium sich stelle, damit eigentlich sage, daß er seine Partei nicht für regierungsfähig halte. Wacker habe von den Aeußerungen der nationalliberalen Presse gesprochen. Redner glaube, daß die Art, wie die Presse der Parteien sich über die Diskussionen in diesem Hause ausspreche, nicht Gegenstand der Erörterung in diesem Hause bilden sollte. Die nationalliberale Presse nehme für sich das Recht in Anspruch, das auch die oppositionelle Presse für sich in Anspruch nehme. Was die ultramontane Presse und deren Anhängsel in Beschimpfung und Verleumdung der Liberalen sich geleistet, gehe meilenweit über das hinaus, was die liberale Presse in dem Eifer des Gefechts jemals gegen die Opposition gesagt habe und das Zeugnis, das Dekan Lender namentlich in Bezug auf Wahrhaftigkeit der ultramontanen Presse schon vor Jahren ausgestellt hat, müßte heute noch um vieles schärfer ausfallen. Was den Minister des Innern anlange, so komme es doch nicht auf den Ton, sondern auf den Fond der Rede an. Ihm gefalle das Temperament des Ministers. Wacker selbst benütze eine sehr stumpfe und ärmliche Waffe, wenn er dem Minister, dem er sachlich nicht beikommen könne, immer vorwerfe, er spreche nicht in dem wünschenswert sanften Tone. Das Centrum als konfessionell-politische Partei sei zu bekämpfen. Aus der konfessionellen Spaltung unseres Volkes suche das Centrum Nutzen zu ziehen und bereits sei dasselbe dahingekommen, in der Agitation die Mittel der Sozialdemokratie anzuwenden. (Oh! im Centrum). Venedey bemerke er, daß er, Binz, als Volksvertreter aus Gründen der Courtoisie niemals höflich sei. (Sehr richtig! in der Opposition.) Er wundere sich, daß Venedey diesen Standpunkt eingenommenhabe. Venedey habe gegen den Minister gar nichts vorbringen können, als die unwahre Behauptung, das Volk sei daran, das Vertrauen vollends zu verlieren. Während man früher die Verwaltung anerkannt habe, komme man jetzt nach dem Mißtrauensvotum mit dieser widerspruchsvollen Haltung. Es sei aber vollständig unwahr, daß das Volk kein Vertrauen habe. Viele Richter und Verwaltungsbeamten seien aus einem ehrenhaften Motiv eher geneigt, gegen nationalliberale Parteifreunde Stellung zu nehmen, um nur den Schein der Parteilichkeit zu vermeiden (O jeh! in der Opposition). Das sei Thatsache und bei manchem Prozeß sei schon der Gedanke nahegelegen, daß er gewonnen worden wäre, wenn der Richter nicht ein nationalliberaler Parteifreund gewesen wäre. In dem Konstanzer Fall habe der Minister vollkommen pflichtgemäß der Staatsanwaltschaft die ihm zugekommene Anzeige eines strafbaren Verbrechens übergeben. Das Kollegialgericht in Konstanz habe dann entschieden, daß der Prozeß zu führen sei. Wie man dem Minister einen Vorwurf machen könne, begreife er nicht. Venedey habe von Wahlbeeinflussungen gesprochen. Wunderbar sei ihm die Verständniß- und Erinnerungslosigkeit Venedeys für jene Wahlbeeinflussungen, die bald in jedem einzelnen Orte durch die katholische Geistlichkeit verübt werden. Fast jeder Geistliche fasse heute ohne Gewissensbisse sein geistliches Amt als politisches Nebenamt auf. Es sei dahin gekommen, daß den Leuten gesagt wurde: wenn Ihr liberal wählt, verwirlt Ihr Eure Seligkeit! (O jeh! im Centrum), oder, wenn Ihr liberal wählt, vergeht Ihr Euch gegen die katholische Kirche. (Sehr richtig! im Centrum.) Das freut mich, daß Sie das bestätigen, denn damit geben Sie zu, was Sie immer bestreiten, daß Sie eine rein konfessionelle politische Partei sind! (Beifall bei den Liberalen.) Man sei sogar so weit gegangen, zu sagen: wer für die Militärvorlage eintritt, der ist kein guter Katholik! (Oho! im Centrum.) Man braucht nur Ihr Hauptorgan, den „Beobachter", und die andern im demagogisch-radikalen Fahrwasser treibenden Blätter zu lesen. Daß Venedey für diesen Mißbrauch kein Wort findet, möge er mit sich abmachen. Als liberal habe so etwas noch niemals gegolten. (Beifall bei den Liberalen.)

Seitens der Abgg. Wacker und Genossen ist folgender Antrag eingelaufen:

Die Kammer wolle beschließen: Die Großh. Regierung wird ersucht, in jedem Kreis ein Amtsverkündigungsblatt einzuführen unter Beachtung folgender Gesichtspunkte: a) das Amtsverkündigungsblatt bringt unentgeltlich die Bekanntmachungen der Behörden des Staats, der Kreise und der Gemeinden, soweit sie allgemeinen Charakter haben, gegen Bezahlung, soweit sie im privaten Interesse erfolgen müssen; b) das Amtsblatt darf keinen politischen oder unterhaltenden Text haben; c) das Amtsblatt wird im Submissionsweg vergeben.

Schluß 3/4 2 Uhr. Freitag, vorm. 9 Uhr Fortsetzung.

---

* Tagesordnung der 56. öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer auf Freitag, den 18. März 1898, vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1898 und 1899. Titel I bis XI, XVIII bis XXI der Ausgaben und Titel I, II und IX der Einnahmen. Berichterstatter: Abg. Lauck.

Deutsches Reich.

* Nach der gestrigen Abstimmung der Budgetkommission wird das Flottengesetz allgemein als gesichert betrachtet, und da die zweite Lesung in der Kommission nach den eingehenden Erörterungen der ersten Lesung nur wenig Zeit in Anspruch nehmen dürfte (s. Tel.), hofft man, das Gesetz im Plenum noch vor Ostern erledigen zu können. Daß der Reichstag sich den Kommissionsbeschlüssen anschließen wird, bezweifelt niemand. Aus der gestrigen Kommissionssitzung ist als besonders bedeutsam noch hervorzuheben, daß der bayerische Centrumsabg. Frhr. v. Hertling, der früher die größten Bedenken gehabt, darlegte, daß auch seine Bedenken geschwunden sind. Die Sozialdemokraten und der Abg. Richter erklärten ihr Mißvergnügen, aber die ablehnende Haltung Richters wurde reichlich dadurch aufgewogen, daß der Abg. Freese namens der freisinnigen Vereinigung erklärte, daß sie alle für das Flottengesetz stimmen werden.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 17. März.

♆ **Baugewerkeschule Karlsruhe.** Als sich vor 2 Jahren das ganze badische Volk rüstete, den 70. Geburtstag seines geliebten Großherzogs festlich zu begehen, faßte das Lehrerkollegium der Großh. Baugewerkeschule in Karlsruhe den Entschluß, eine Stiftung ins Leben zu rufen, die geeignet wäre, die Erinnerung an diesen bedeutsamen Tag für alle Zeiten lebendig zu erhalten. Durch diese Stiftung sollten die Schüler der Anstalt auf den erhabenen Jubilar, als leuchtendes Vorbild für alles, was edel, wahr und gut ist, hingewiesen werden, und sein Bild auf einer Denkmünze wurde als höchste Anerkennung für hervorragende Schüler bestimmt. S. K. H. der Großherzog haben s. Zt. gnädigst geruht, zu gestatten, daß der Stiftung der Name: „Großherzog Friedrich-Stiftung" beigelegt werde. Allerhöchstderselbe haben ferner anläßlich der Ueberreichung des ersten Stückes der Prägung dieser Denkmünze am 14. d. M. die Gnade gehabt, dem durch den Lehrkörper gestifteten Fonds aus Allerhöchstseiner Handkasse einen sehr namhaften Beitrag beizufügen. — Zum Schlusse des Wintersemesters 1897/98, und zwar am 16. März, wurde die Denkmünze in Silber zum erstenmale an 2 Schüler verliehen. Die Ueberreichung erfolgte in festlichem Akte unter entsprechender Ansprache durch den Direktor vor sämtlichen Schülern der Anstalt und zwar an Herrn Werkmeisterkandidat Josef Leuthner aus Mannheim und an Herrn Gewerbelehrerkandidat Emil Bronner aus Karlsruhe. Die Denkmünze, deren Vorderseite ein ausgezeichnetes Bildnis des Großherzogs zeigt, ist eine bedeutende künstlerische Leistung aus der Hand des Herrn Professors Rudolf Mayer in Karlsruhe. Die Rückseite enthält unter Hinweis auf die Stiftung die Wahrzeichen der Technik und der 4 Abteilungen der Anstalt. Der Entwurf hierzu stammt von Herrn Baurat Direktor Kircher. Die Prägung der Münzen erfolgt durch die Großh. Münzstätte in Karlsruhe in vorzüglicher Weise.

= **Ersatzwahlen zur Kreisversammlung.** Bei den heute vormittag stattgehabten Ersatzwahlen zur Kreisversammlung wurden die beiden in Vorschlag gebrachten Herren Fabrikant und Stadtrat A. Ruh als Kreisabgeordneter mit 151 und Armenrat Huber als Ersatzmann mit 110 Stimmen gewählt.

= **Die Verlegung der Fabrik der Maschinenbaugesellschaft** soll, wie ein auswärtiges Blatt berichtet, beschlossene Sache sein. Nach dem genannten Blatte seien über den Erwerb eines im Osten der Stadt gelegenen Geländes von 50 000 qm von der Gesellschaft Unterhandlungen angeknüpft worden, die bereits ihrem Abschlusse nahe seien. Diese Nachricht entbehrt, wie wir von kompetenter Seite erfahren, jeder Grundlage und es ist, wie wir früher schon unseren Lesern mitteilten, vorerst an eine Verlegung der Fabrik nicht zu denken. — Das Gebäude der Gesellschaft für elektrische Industrie am Schwimmschulweg ist, wie wir bereits melden konnten, fertiggestellt. Der Betrieb wird aber nicht erst am 1. Juli d. J., sondern, wie wir erfahren, schon in 8 Tagen eröffnet werden.

= **Albthalbahn.** Wie wir aus authentischer Quelle erfahren, wird die Eröffnung der Strecke Karlsruhe-Marxzell, eventuell auch Frauenalb in der ersten Hälfte des April mit Bestimmtheit erwartet werden können. Wie in einem früheren Artikel von uns mitgeteilt worden ist, hat sich die Eröffnung der Bahn dadurch verzögert, daß die schweren Maschinen, die für den Betrieb auf der oberen Strecke notwendig sind, von der Maschinenfabrik Karlsruhe erst jetzt angeliefert werden. Die Fertigstellung der Maschinen hat sich deshalb so sehr verzögert, weil dieselben nach einer ganz neuen Type gebaut worden sind.

Handel und Verkehr.

* Frankfurt a. M., 17. März. (Schlußkurse 2 Uhr 37 M.) Wechsel Amsterdam 169.51, London 204.80, Paris 80.933, Wien 170.— Ital. 76.65, Privatdisk. 3, Napoleon 16.20, 4% Deutsche Reichsanl. abg. 3½) 103.90, 3proz. Deutsche Reichsanl. 96.90, 4% Preuß. Konsols. abg. 3½) 103.70, 3½% Baden in Gulden 101.10, 3½%, Baden in Mark 102.—, 3½ proz. do. 103.20, 3proz. do. 1896 96.80, 4proz. Monopolgriechen 43.70, 3proz. Italiener 93½, Oesterr. Goldrente 104.10, Oesterr. Silberrente 86.75, Oesterr. Lose von 1860 125.70, 4½proz. Portug. 32.30, Neue 3proz Russen 68.30, 4proz. Serben 61.60, Spanier 55.80, Türkenlose 36.35, — Türken D. 22.15, 4proz. Ungarn 103.15, Ungar. Kronenrente 100.05, 5proz. Argentinier 78.70, 5prozentige Chinesen 101.40, 6proz. Mexikaner 97½, 5proz. Mexikaner 94.20, 3proz. Mexikaner 24½, Berliner Handelsgesellsch. 171.—, Darmstädter Bank 159.20, Deutsche Bank 206.60, Dresdener Bank 165.70, Badische Bank 119.—, Rheinische Kreditbank alte 140.70, do. neue —.—, Rhein. Hypothekenb. alte 169.90, do. neue —.—, Pfälzer Hypothekenb. 165.—, Oesterr. Länderb. 187¼, Wiener Bankverein 230.—, Ottomanebank 109.30, Mainzer —.—, Elbthal —.—, Schweiz. Zentral 137.20, Schweiz. Nordost 101.70, Schweiz. Union 76.10, Jura-Simplon. 83½, Mittelmeer 95½, Meridional 135.80, Bad. Zuckerfabrik 50.—, Harp. 176.25, excl., Nordd. Lloyd 117.—, Hamb. Amerika 115.90, Maschinenfabrik Grießner 254.70, Karlsruher Maschinenfabrik 196½, La Veloce St.-A. Le. 77½. Tendenz: fest.

* Berlin 17. März. (Schlußkurse.) 4% Reichsanleihe 103.80, 3% Reichsanleihe 97.—, 4% Preuß. Kons. 103.80, Kreditaktien 229.20, Diskonto-Komm. 206.—, Dresdener Bank 165.60, Nationalbank für Deutschl. 148.70, Bochumer 202.90, Gelsenk. Bergwerk 177.10, Laurahütte 183.70, Harpener 176.20, Dortmunder 98.10, Ver. Köln-Rottweiler Pulverfabrik 228.20, Deutsche Metallpatronenfabrik 344.50, Kanada Pacific 79.40. Privatdiskont 2⅞ %. Die Börse eröffnete sehr kräftig, erholt auf allen Gebieten. Leitende Banken sehr fest, besonders Diskonto-Kommandit und deutsche Bank, ferner auch Berliner und Dresdener Bank, Handelsanteile im Zusammenhange mit der heute erfolgten Genehmigung der Zulassung der 16 Millionen Pfund Sterling 4½ prozentiger chinesischer Anleihe von 1898. Bahnen durchweg anziehend. Fonds belebt.

w Berlin, 17 März. Die Zulassungsstelle der Berliner Börse genehmigte die beantragte Zulassung der 4½ proz. chinesischen Anleihe vom Jahre 1898 im Nominalbetrage von 16 Mill. Pfund Sterling zum Börsenhandel.

Drahtberichte.

w **Berlin,** 17. März. Der Kaiser stattete gestern dem englischen, österreichisch-ungarischen und russischen Botschafter Besuche ab. Der österreichisch-ungarische Botschafter Sczoegyenyi war nicht zu Hause.

w **Berlin,** 17. März. Die Budgetkommission des Reichstages nahm heute das Flottengesetz in zweiter Lesung an. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Freisinnige Volkspartei, die Abgeordneten Jazdzewski (Pole) und Galler (Dem.) Am Mittwoch wird die Plenarberatung stattfinden.

w **London,** 17. März. Der Wiener Korrespondent der „Times" erfährt aus unanfechtbarer Quelle, Japan sei entschlossen, nicht zu gestatten, daß Rußland seine (Japans) Interessen in China schädige. Japan werde ferner jedem Versuch der Russen, sich in China festzusetzen, Widerstand entgegenbringen.

w **Shanghai,** 17. März. Die Mitglieder einer wissenschaftlichen Mission amerikanischer Aerzte wurden in der Umgebung von Pschung-King von einer Menschenmenge angegriffen; die eingeborenen Gehilfen der Aerzte wurden mißhandelt, einer derselben getötet.

Deutscher Reichstag.

w **Berlin,** 17. März.

Am Bundesratstische: Kriegsminister von Goßler.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung um 1¼ Uhr.

Fortsetzung der 2. Beratung der Militärstrafprozeßordnung bis § 9.

Abg. Oertel (Soz.) wendet sich gegen das Institut des Gerichtsherrn, der als Vorgesetzter der übrigen Richtenden diesen die Unbefangenheit nehmen müsse.

Abg. Munckel befürwortet einen Antrag, wonach die Militärgerichtsbarkeit durch den Gerichtsherrn, einen Untersuchungsrichter und das erkennende Gericht ausgeübt werden soll. Hierdurch soll dem Gerichtsherrn eine unabhängige Richterklasse an die Seite gegeben werden.

Abg. Beckh (frs. Vp.) erklärt, im Kadettenhause lerne man nichts von Juristik. Das Prinzip sei dasselbe, welches in Frankreich letzthin zu so unglücklichen Konsequenzen geführt hat.

Der Antrag Munckel wird darauf abgelehnt. Eine Reihe weiterer Paragraphen wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Zu § 37 beantragt

Abg. Vollmar (Soz.) einen Antrag, wonach als Richter nur der mitwirken kann, der volljährig ist und seit mindestens 1 Jahre dem Heere oder der Marine angehöre. Es solle niemand über Leben und Tod eines andern entscheiden können, der nicht Herr seiner eigenen Angelegenheiten ist.

Briefkasten. P. hier: „Mißtrauensvotum" schreibt sich mit hartem t und einem m. Das sollten Sie als gebildeter Mann wissen; doch wollen wir nicht verkennen, daß mildernde Umstände vorliegen. — Maler und Anstreicher: morgen!

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Otto Reuß;
verantwortlich für den Anzeigenteil: Ludwig Lorbach,
beide in Karlsruhe.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

	Barometer	Therm. Celsius	Abs. Feuchtigk.	Feuchtigk. in Proz.	Wind	Himmel	Bemerk.
16. Mrz. Nachts 9 Uhr	752,7	8,0	7 1	89	SW	bedeckt	Regen
17. Mrz. Morgens 7 Uhr	753,9	6,6	6,9	94	S	„	Dunst
17. Mrz. Mittags 2 Uhr	753,8	12,1	6 1	58	SW	„	—

Höchste Temperatur am 16. März 10,0 niedrigste in der folgenden Nacht 6,1.

Niederschlagsmenge am 16. März 1,7 mm.

Meteorologische Beobachtungen vom 17. März, morgens 8 Uhr.

Ort	Barom. 0 Gr. n. d. Meeresniv. red. in Mill.	Wind Richtung	Wind Stärke	Wetter	Temperatur in Celsiusgraden
Aberdeen	751	SSO	leicht	wolkig	10
Stockholm	759	SO	leicht	bedeckt	1
Haparanda	766	S	leicht	Schnee	—12
Petersburg					
Moskau					
Cork	768	W	mäßig	bedeckt	11
Cherbourg	765	WSW	leicht	bedeckt	10
Hamburg	760	SW	mäßig	Regen	4
Memel	758	O	leis. Zug	wolkig	0
Paris	766	S	leis. Zug	halb bed.	6
Karlsruhe	766	SW	mäßig	bedeckt	8
Wiesbaden	764	W	leis. Zug	bedeckt	7
München	765	W	frisch	bedeckt	4
Berlin	761	WNW	schwach	bedeckt	4
Wien	759	NW	mäßig	wolkig	5
Breslau	759	NW	mäßig	Regen	4
Nizza	762		still	wolkig	7
Triest	761		still	bedeckt	9

Wetterbericht des Centralbur. für Meteorol. vom 17. März. Die Luftdruckverteilung ist im wesentlichen die gleiche wie bisher, indem Frankreich ein barometrisches Maximum bedeckt, während nördlich von Schottland eine Depression liegt; letztere hat ihren Wirkungskreis bis weit in das Binnenland herein ausgedehnt, so daß das meist trübe und milde Wetter mit leichten Niederschlägen anhält. Eine wesentliche Witterungsänderung ist auch vorerst nicht zu erwarten.

Druck und Verlag von Otto Reuß, Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe.

Nr. 64 I, um nun auch über die Epidemie in Saarbrücken einiges zur Kenntnis zu bringen. Dem Wirkl. Geh. Ober-Medizinalrat v. Coler, Generalstabsarzt der Armee, der sich mit Professor Gerhardt, Generalarzt Dr. Lentze aus Berlin und 4 anderen Aerzten nach Saarbrücken begeben hatte, um die Untersuchung zu leiten, ist es gelungen, nunmehr die Ursache der Typhusepidemie beim dortigen 3. Bataillon des 70. Regiments mit Sicherheit festzustellen. Exz. v. Coler ging bei seiner Untersuchung von der Zeitdauer aus, den der Typhusbazillus zu seiner Entwickelung gebraucht, und konnte so feststellen, daß die Erkrankungen der Mannschaften auf einen an Kaisers Geburtstag genossenen Kartoffelsalat zurückzuführen sind. Die Zubereitung dieses Salates lag einem Soldaten ob, der kurz vorher mit der Reinigung einer Kloake zu thun gehabt hatte. Infolge ungenügender Säuberung der Hand übertrug sich der Krankheitsstoff auf die Kartoffeln, die, wie Exz. v. Coler betont, einen ganz besonders geeigneten Nährboden für den Typhusbazillus abgeben, und verursachte so die Epidemie. Sämtliche Mannschaften, die von dem Kartoffelsalat genossen hatten, etwa 300 Mann, erkrankten. Die Unteroffiziere und die beurlaubten Leute, die an der Mahlzeit nicht teilgenommen hatten, sind vollständig verschont geblieben. Gestorben sind bisher 40 Personen.

Der 1000jährige Rosenstock. Hildesheim, 14. März. Der 1000jährige Rosenstock an der Apsis des Hildesheimer Domes, der von einem Schädling befallen war, scheint die Krankheit glücklich überstehen zu sollen. Nach sachverständiger Behandlung mit Kalkmilch und anderen Mischungen ist die gegründete Hoffnung vorhanden, daß das alte Wahrzeichen Hildesheims demnächst wieder Schößlinge treiben wird. Uebrigens zeigt sich die allgemeinste Teilnahme für den „Patienten". So traf u. a. sogar aus England eine Pulversendung ein, mit dem wohlgemeinten Rate, den Rosenstock damit zu bestreuen.

Das Mädchen bei der Zigeunerbande. Aus Darmstadt ist schon mitgeteilt worden, daß bei Griesheim am 14. d. M. bei einer Zigeunerbande, die seit 11. März v. J. verschwundene 14jährige Thusnelde Henkel aufgegriffen worden ist. Die Auffindung hat begreiflicherweise ungeheures Aufsehen erregt. Das Mädchen leugnete, zuerst entschieden, die gesuchte Thusnelde Henkel zu sein und gab einen Ort in Schlesien als seinen Geburtsort an. Auch sagte es, „sein Elternwagen sei schon fort". Bald darauf traf Frl. Henkel aus Darmstadt, die Tante des Kindes, ein, welch' letzteres nunmehr nicht mehr leugnete, die Gesuchte zu sein. Das Mädchen, welches ganz verwahrlost aussah, wurde nun gewaschen und erhielt andere Kleider. Im allgemeinen war es sehr wortkarg und hatte sich in Griesheim, als es bemerkte, daß es die Aufmerksamkeit auf sich lenkte, im Hintergrund eines Zigeunerwagens verborgen. Es scheint an dem vagabondierenden Leben Gefallen gefunden zu haben und weit herumgekommen zu sein. Das jetzt etwa 14jährige Mädchen ist sehr kräftig entwickelt und macht eher den Eindruck einer 16jährigen. Nach seiner Angabe will es zuerst bei Zwingenberg zu Zigeunern gestoßen und nach längerem Herumziehen mit denselben in Sachsen zu der Bande, bei der es sich jetzt befand, gekommen sein. Als die Zigeuner merkten, daß man das Kind trotz alles Leugnens von ihrer Seite erkannt habe, suchten sie schleunigst das Weite, es wurde aber auf sie eine wahre Hetzjagd veranstaltet, an der sich sogar die Feuerwehr von Eberbach beteiligte. Schließlich gelang es, die Zigeuner festzunehmen.

☼ **Die schiffbare Loire.** Die Städte Nantes, Tours und Orleans bemühen sich um die Schiffbarmachung der Loire. Durch die Entwaldung Frankreichs ist der Wasserstand sehr ungleich geworden, das Bett versandet. Die Vorarbeiten werden durch einen Herrn Bureau mit einem wahren Feuereifer betrieben. Mitten im Winter, als der kleine Vermessungsdampfer nicht mehr fahren konnte, mußten die Ingenieure, in Taucheranzüge gehüllt, die Profilaufnahmen fortsetzen! Man forscht nach den Hölzern, die am schnellsten die Wiederbewaldung der Höhen bewirken können, und das erste, was die sibirische Bahn nach ihrer Vollendung zu thun hat, soll darin bestehen, zur Befestigung der Loire-Ufer einen japanischen Zwerg-Bambus zu bringen, der nur 4—5 Meter hoch wird und den schneereichsten Winter aushält. — Ob dieser Eifer bis zur Vollendung der sibirischen Bahn anhält?

Die weiße Flagge von Haiti. Aus einer Korrespondenz der „Post" aus Port-au-Prince geht hervor, daß, nachdem der Präsident sich entschlossen hatte, die deutschen Forderungen zu gewähren, es an einer weißen Fahne fehlte. Auf den Rat des englischen Ministerresidenten entschloß sich der Präsident, ein Bettuch zu hissen. Item, es half!

Litterarisches.

— Geschichte der Weltlitteratur nebst einer Geschichte des Theaters aller Zeiten und Völker. Herausgegeben von Julius Hart. Erscheint in 40 Lieferungen zum Preise von je 30 Pf. und umfaßt ca. 120 Druckbogen mit 825 Abbildungen und 16 Tafeln in feinstem Farbendruck. Auch zu beziehen in 2 hochfeinen Leinenbänden zum Preise von 15 M. Verlag von J. Neumann in Neudamm. — Von dem groß angelegten Werke „Julius Hart, Geschichte der Weltlitteratur" liegen nunmehr die Lieferungen 11 bis 16 vor, in denen die römische Litteratur in ihrem nach glänzendem Eintagsleben in der Treibhausluft des augustischen Zeitalters rasch eingetretenen Niedergange und Verfalle und die Anfänge der christlichen Litteratur, ferner das mächtige Aufblühen der arabischen Geisteskultur und die neupersische Poesie mit vielen Schrift- und Illustrationsproben nach den berühmtesten Originalen vorgeführt werden. Der günstige Eindruck, den die ersten zehn Lieferungen hervorgerufen haben, wird durch die vorliegenden sechs weiteren Hefte nur noch verstärkt. Julius Hart hat uns in seiner „Geschichte der Weltlitteratur" ein Werk beschert, das im besten Sinne populär genannt werden darf. Es zwingt zum Mitdenken und regt unwiderstehlich zum Nachdenken an, wie selten ein wissenschaftliches Buch vermag. Der Gebildete, der sich weiterbilden will, der nach einem festen Urteil über alte und neueste Erscheinungen der Litteratur tastend sucht, der findet in Julius Hart einen wegessicheren Führer. Diese Litteraturgeschichte ist eins der seltenen Werke, die man mit gutem Gewissen als ein wirkliches Haus- und Familienbuch bezeichnen und empfehlen darf. Die erste Lieferung, welche außerordentlich reichhaltig ausgestattet und mit 3 Farbentafeln geziert ist, wird von der Verlagsbuchhandlung auf Verlangen umsonst und postfrei versandt, sodaß jedermann in der Lage ist, sich ein Urteil zu bilden.

Humoristisches.

Zeitungshumor: Köstlich ist die „Hoftheater-Plauderei" von Hermann Löns im „Hannoverschen Anzeiger" vom 4. März. Es handelt sich um die Aufführung von Sudermanns „Johannes". Vom Publikum wird gesagt: „Es wogt in den Logen unter Seidenblousen, es perlt auf erhitzten Stirnen, lodert ringsum in unstäten Augen, vibriert auf trockenen, heißen Lippen, fiebert in zuckenden Händen tiefe Erregung, zitterndes Mitfühlen, erschauerndes Verständnis." Dann kommt die Scene zwischen Herodias und Herodes. Davon heißt es: „Wie sie gegen einander anspringen, die Tigerin und der schwarze Panther, wie das grollt und murrt, pfaucht und zischt, wie die Mordkrallen aus Seidenfell und Sammetpelz hervorzucken, die weißen Raubthierzähne blinken, ein Schauder überfällt die Zuschauer." Von der Salome heißt es: „Sie pfaucht und zischt wie ein Tiger, dem der Wärter das Fleisch aus den Fängen reißt, Bluthunger lodert rot aus ihren Augen, Sehnsucht nach Grausamkeit krümmt ihre Tätzchen zu Folterhaken, die Kinnladen zittern vor Mordlust." So geht es weiter. Man glaubt einen Bericht über eine Menagerie-Vorstellung zu lesen. — In F. Gerlachs Novelette „Ein Name" (s. „Heilbronner Unterhaltungsblatt" Beilage zur „Neckar-Zeitung" Nr. 20) wird sehr schön gesagt: „Um das lichte, duftige Blondhaar (Evas) wob das Abendrot eine Aureole." In Evas Hause scheint gut soupiert zu werden. (Aus dem Briefkasten des „Kladderadatsch".)

Akrostichon.

Eier
Ast
Achse
Horn
Streich
Armin
Eder
Ammer
Ger
Amen
Anna
Burg

Aus jedem der beigesetzten 12 Wörter ist durch Vorsetzung eines Buchstabens ein neues Wort zu bilden. Werden diese neuen Wörter so geordnet, daß sie bedeuten: 1. einen Teil des Schiffes, 2. einen Baum, 3. ein Städtchen am Teutoburger Wald, 4. Raubvögel, 5. Fische, 6. ein großes Reich, 7. einen Baum, 8. eine Farbe, 9. eine schottische Insel, bekannt durch einen merkwürdigen Berg, 10. ein Werkzeug, 11. böhmische Stadt, 12. Benennung, so bezeichnen die Anfangsbuchstaben eine liebliche Gabe des Frühlings.

Irrgartenrebus.

(Die Anfangsbuchstaben der Rebusbilder sind so zu verbinden, wie die Wege des Irrgartens gehen).

Auflösung der Kombination in Nr. 60.

„Aberglaube."

Aufgelöst von Elise und Hilmar Roß, Karlsruhe.

Auflösung des Bilderrätsels in Nr. 61.

„Manövergeschichten"

Aufgelöst von: Lydia und Regina Bitterich, Eppingen; Alfred Kahn, Gymnasiast; Willy Andreas, Gymnasiast, Karlsruhe.

Verantwortliche Redaktion: Otto Reuß in Karlsruhe.

Druck und Verlag von Otto Reuß in Karlsruhe, Hirschstraße 9.

Nr. 64. Karlsruhe, Freitag, den 18. März 1898.

Nachdruck der Originalaufsätze des Unterhaltungsblattes ist untersagt.

Der Erbe von Ladenburg. (6)

Roman von L. Haidheim.

(Nachdruck verboten.)

In den nächsten Tagen durchlief ein erstaunliches Gerücht die Stadt.

Prinz Herrenstein hatte es durchgesetzt, — Doraline von Kaltenbach wurde ihm am Bette ihres sterbenden Vaters angetraut.

„Schändlich! Niederträchtig! Abscheulich!" schrie alles. Aber das änderte an der Sache nichts.

Alle Welt kannte die Verhältnisse der „Braut" ganz genau und noch besser die des Prinzen. Jeder wußte, sie war seit Jahren die Verlobte des Majoratserben Grafen Christoph von Ladenburg. Und jetzt — dies das Ende einer so treuen, allgemeiner Sympathie sich erfreuenden Liebe?

Wie man die unglückliche Doraline zur Einwilligung gezwungen, — das wußte man zwar nicht positiv, aber es lag deutlich genug zu Tage. —

Prinz Herrenstein aber kümmerte sich um die Ansichten der Leute nicht. Sein Wagen fuhr jetzt eben in großer Gala nach dem Kaltenbachschen Hause. Es war ein stattlicher Anblick, — die wallenden Federbüsche der Diener, die rosengeschmückten herrlichen Pferde, der kostbare Wagen imponierten doch den Leuten.

Man sagte, der Fürst, sein Vetter und Herr, sei aus anderen Gründen außer sich über die Heirat. Aber darüber konnte man nichts Bestimmtes wissen, sondern nur Vermutungen haben, denn Seine Durchlaucht war diese letzten Wochen krank in Paris und wurde erst übermorgen zurück erwartet. Uebrigens — Prinz Herrenstein war dem Fürsten unentbehrlich; er wußte das genau genug, um darauf zu trotzen.

Vor dem Kaltenbachschen Hofe stand ein dichter Volkshaufen, aber keine Stimme erhob sich zu einem Beifallsruf.

Totenstille —! Den Haß und die Nichtachtung zu äußern wagte man doch auch nicht.

Lachend — strahlend — ganz der übermütige Sieger, als den man ihn kannte, und doch auffallend blaß, mit unheimlich funkelnden Augen, sprang der Prinz aus dem Wagen. Seine Brust war ganz mit Orden bedeckt, — ein breites, blaues Ordensband lag schräg darüber. Einer seiner Kavaliere und ein alter hochgeachteter General folgten ihm, Beide mit tiefernsten Mienen.

Drinnen sah es wenig festlich aus.

Allerdings hatte der Prinz dem Hofgärtner Befehl zukommen lassen, den Flur, die Treppen u. s. w. ohne Geräusch auf das Beste zu dekorieren und das war denn auch in der Nacht geschehen, — aber die Neumann und selbst Mielke hatten verweinte Augen, die Mägde standen schluchzend und doch vor Neugier brennend in den Ecken.

Es kam Seiner Durchlaucht niemand entgegen, — kein freudiger Gruß, — kein Segenswort erklang.

Ob er das gar nicht merkte?

Strahlend, und als sei alles ganz so in bester Ordnung, sprang der Prinz leichtfüßig die Treppe hinan und schritt, hier von dem eigenen Kammerdiener empfangen, weiter.

Der große leere Vorplatz wurde durch die Gärtnerdekorationen wenig verschönt.

„Wie zu einer Leichenfeier!" dachten der alte General und der Kammerherr.

Ein Wunder schien es, daß der sterbende Kaltenbach sich trotz der äußerlichen Schwäche so lange noch am Leben erhalten.

„Geradezu ein Wunder!" sagte achselzuckend und finsteren Blickes auch der Arzt, der jetzt neben dem Kranken den fürstlichen Hochzeiter empfing.

Großer Gott, was hatte er in diesen Tagen hier neben diesem Sterbenden erlebt! Er, der schon so viel krankhaften Eigensinn, Launen und fieberische Wünsche bei seinem Patienten kennen gelernt hatte, — neben Kaltenbachs Bette kam ihm dies Wissen mehr als je wie eitel Stückwerk vor.

Zwei Zimmer weiter stand die festlich geschmückte Braut — blaß wie eine Leiche — ganz still und finster, um Jahre gealtert aussehend. — Die Nacht hindurch — ach, alle Nächte hindurch, hatte sie immer denselben Kampf gekämpft.

Aber wehrlos hatte sie alles über sich ergehen lassen müssen, denn der Arzt, so empört er war, — mußte ihr pflichtgemäß wiederholen: „Sein Leben hängt an einem Haar, — ich begreife kaum, wie er noch weiter lebt."

Nun war die Stunde gekommen!

Das prachtvolle und doch so schlichte Brautkleid, welches der Prinz ihr schickte, hatte sie in wahnsinniger Aufregung mit Füßen getreten und dann — angelegt! Die Myrthenkrone, die er gesandt, ruhte in ihrem köstlichen blonden Haar. — Die Frauen, welche er beauftragt, ihr beim Anlegen des Brautkleides zu helfen, waren von ihr nicht angenommen. Sie brauche keine Hilfe, sie sei nicht daran gewöhnt.

Vor ihr kniete Leonore, — dies Kind, das von dem Leben gar nichts wußte, dessen ganze Weisheit in den Gedanken gipfelte:

„Papas letzter Wunsch! Und er und Graf Lüssenrode und der Prinz, sie sagen doch alle, Christoph tauge nichts und sie haben Doraline doch lieb! Und der Prinz ist so nett!"

Das junge Ding war glücklicherweise zu taktvoll, um dieser Anschauung gegenüber Doralines Verzweiflung Worte zu geben.

Nur eins bat sie flehentlich:

„Doraline, Du würdest Dich selbst verfluchen, wenn Du des Vaters Leben verkürztest! Es ist nur das Leben eines Sterbenden, — aber es ist das unseres Vaters, und seine letzten Stunden müssen uns heilig sein!"

„Ja, ja — es wurden den Götzen allezeit Menschenopfer gebracht!“ sagte Doraline bitter. — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Und nun wäre die Braut ja bereit gewesen zu gehen!

Die Schwestern waren ganz allein, nur Leonore hatte Doraline geholfen — und mit ihr geweint.

Jetzt lag sie, nachdem sie sich so lange leidlich tapfer gehalten, vor ihr auf den Knieen und umschlang sie mit beiden Armen:

„Doraline, Du siehst aus, daß Einem vor Dir graut! Um des Vaters Willen —!“

„Ich hasse sie alle, ich könnte sie morden!“ brach es in glühender Leidenschaft von den Lippen der Braut.

„Doraline, — Du gabst selber einmal zu, unser Vater habe nichts anderes gedacht, als seiner Kinder Wohl und Ehre! Du weißt es doch, er sagt, Du allein könntest ihm das alles vergelten —!“

„Ja —! Komm'!“ klang es hart zurück.

Und nun raffte sich die Braut auf und machte einige Schritte gegen die Thüre.

Da aber, mitten im Gehen, kam es noch einmal über sie.

Wie gejagt, floh sie in das das äußerste Ende des großen Zimmers zurück.

„Christoph! Christoph!“ schrie sie gellend auf. Wo ist er? Ist er tot?“

Sie hatte bis zum letzten Moment gehofft, der Geliebte werde kommen. Aber Graf Christoph war wie von der Erde verschwunden! Zweimal — dreimal hatte sie noch an ihn geschrieben, jeder Brief ein Angstschrei! — und keine Antwort, kein Lebenszeichen! Nun starrte sie ganz verwildert auf die Thür.

Das junge Schwesterchen stand kreideweiß und wortlos da.

Es war so reizend geschmückt; — der Prinz hatte ihr ein so entzückendes Halsband geschenkt, — sie mochte ihn ganz gut leiden.

Was wußte sie weiter? —

Da rollte ein Wagen vor das Haus. — Der Geistliche.

Da wollte Doraline in einem schier irrsinnigen Entsetzen fliehen, — zum Hause hinaus! — Wohin? Einerlei — ins Wasser! in den Tod! Und als sie die Thüre aufriß, taumelte sie zurück.

Ihr Vater! Oder war's der Tod selber? Nein, — ihr Vater war es! Aus dem Bette hatten sie ihn heben, ihm seine Kleider, seine Orden anlegen müssen; mit übermenschlicher Gewalt hielt er sich, wankte er jetzt zu ihr herein, und mit seiner erloschenen, heiseren Stimme rief er, während sein Totengesicht vor Freude verklärt schien:

„Jetzt komm' mein Kind, daß Deines Vaters reichster Segen Dich kröne.“

Und so führte er die Willenlose mit sich.

* * *

Eine Viertelstunde später war Doraline Freiin von Kaltenbach dem Prinzen Herrenstein angetraut.

Sie sah marmorbleich aus, aber es war nichts Gebrechliches in ihr, — im Gegenteil, es loderte förmlich in ihren Augen.

Den Freiherrn trug man vom Altar auf sein Bett zurück.

„Mein geliebtes Kind, meine Doraline, ich danke Dir, Du hast mein Sterbebett mit der höchsten Freude geschmückt, die mir werden konnte, Gott segne Dich!“ entließ der Vater sie.

Nicht ein einziges warmes Wort kam von ihren Lippen. Sie fühlte sich so starr und kalt ihm gegenüber, als wäre nie ein kindliches Empfinden für ihn in ihrem Herzen gewesen.

Das, was sie allein dachte, war: „Betrogen bin ich!“ Dieser Mann konnte dem Tode nicht so nahe gewesen sein. Hatte man ein gräßliches Spiel mit ihr getrieben?

Mit diesem Argwohn verließ sie ihn, — für immer. Zwei Tage später war er tot.

* * *

In der allgemeinen Aufregung, die im Laufe der nächsten Zeit in der Residenz herrschte, tauchte ein neues Gerücht auf, das indeß bei den Besonnenen wenig Glauben fand. Es hieß nämlich auf einmal, daß die Gemahlin des Prinzen sich bei der Abfahrt des Zuges ein Leid habe anthun wollen; andere behaupteten, sie habe sich aus dem Zuge gestürzt; wieder andere sie sei vom Altar direkt ins Wasser gegangen. Irgend welche Personen wollten gesehen haben, daß der Prinz wie ein Rasender nach Abfahrt des Zuges: „Halt! Halt!“ schrie und am Fenster seines Waggons die heftigsten Gestikulationen machte.

Das Publikum schien eine gewisse Befriedigung in der Weitererzählung dieser unverbürgten Gerüchte zu finden; da aber nicht die geringste Thatsache zur öffentlichen Kunde kam, welche sie bestätigte, so ließ man das Gerede darüber fallen und beschäftigte sich mit der neuesten Neuigkeit, daß der Fürst ganz unerwartet angekommen sei.

Sr. Durchlaucht Rückkehr erfolgte um einen Tag früher, als man bei Hofe erwartet. Fürst Egon kam auch nicht gleich in die Residenz, sondern wandte sich nach seinem Lieblingsaufenthalt, dem Jagdschloß Lohr, welches am Fuß des Teufelsspiels, eine Stunde von der Ladenburg entfernt lag.

Lohr war ein sehr schlichtes, lediglich zu Jagdzwecken gebautes Haus, — für wenige Begleiter nur eingerichtet, denn der Fürst haßte, ein echter Waidmann, alle diese Wildschlächtereien, die man zum fürstlichen Zeitvertreib ersonnen.

Diesmal war es überhaupt nicht die Jagd, die ihn herführte, sondern ein Freundschaftsbeweis für den Grafen Christoph von Ladenburg, der kürzlich in seinem Auftrage nach Wien hatte reisen müssen und heute zurück erwartet wurde.

Die Nachricht von des Prinzen Herrenstein schneller Verheiratung, zu welcher derselbe nicht einmal die Einwilligung seines fürstlichen Vetters, des Oberhauptes der Familie, eingeholt, hatte den Fürsten auf das Aeußerste empört und im Interesse seines Freundes Ladenburg erschreckt. Wie er, dachte seine ganze Umgebung, und die nächste Sorge aller war: Sah es nicht aus, als habe der Fürst den Erbgrafen nach Wien entsandt, um seinem Vetter freie Hand zu geben?

Kein Mensch ahnte vorläufig etwas von des Lüssenroders Mithilfe.

Selbst Se. Durchlaucht fühlte sich von dem üblen Schein bedrückt, hatte sofort mit dem Rittmeister von Rheinhagen Rücksprache genommen und dieser mußte infolge dessen dem Erbgrafen entgegenreisen. Um keinen Preis durfte man denselben unvermittelt die Schreckensnachricht empfangen lassen. —

Aber das Unglück schreitet schnell:

In jenen Tagen, wo die Neuigkeiten und Ereignisse meist drei oder noch mehrere Tage alt wurden, ehe die Zeitungen sie ins Publikum trugen, hatte es der Unstern gewollt, daß der Erbgraf auf einer der von ihm berührten Poststationen einen ihm bekannten rheinischen Weinhändler traf, der ahnungslos nichts Eiligeres zu thun hatte, als ihm die große Neuigkeit zu erzählen.

Dem Rittmeister von Rheinhagen war es heimlich lieb, daß er somit nicht als Erster die Schreckenskunde auszusprechen brauchte; er fand den Erbgrafen völlig erstarrt — und doch noch hoffend, ja überzeugt, es müsse ein Irrtum sein.

(Fortsetzung folgt.)

Bismarcks-Erinnerungen.

Durch ein dem Umfange nach kleines, nach seinem Inhalte um so wertvolleres Buch ist die Litteratur über den Fürsten Bismarck neuerdings bereichert worden. Christoph v. Tiedemann, der einstige Chef der Reichskanzlei, hat unter dem Titel „Persönliche Erinnerungen an den Fürsten Bismarck“ seinen Bromberger Vortrag vom November vorigen Jahres, aus dessen Inhalt bereits kurze Mitteilungen durch die Presse verbreitet wurden, als Broschüre bei S. Hirzel in Leipzig erscheinen lassen. Von den Gesprächen des ersten Mittagmahles, an dem Tiedemann im Bismarckschen Hause teilnahm, erzählt er: „An diesem Tage variierte Bismarck unter anderem das alte Thema von Liebe und Haß. Er behauptete, Goethe habe Unrecht gehabt, wenn er gemeint, nur die Liebe verschönere das Leben. Der Haß thue dieselben Dienste, er sei ein ebenso großer Lebenserhalter, wie die Liebe. „Mir sind unentbehrlich: für die Liebe meine Frau, für den Haß — Windthorst.“ Um beim Thema des Hasses zu bleiben: „Ich habe nicht schlafen können, ich habe die ganze Nacht gehaßt,“ sagte er mir eines Morgens.

Merkwürdig ist, was von der Vorbereitung des Fürsten für die Beantwortung einer Interpellation erzählt wird: Der Fürst war sehr aufgebracht über die Interpellation und erklärte in der Sitzung des Staatsministeriums, wo die Sache beraten wurde: „Ich muß frisch von der Leber weg sprechen und möchte gern so grob wie möglich werden, ohne jedoch Injurien zu gebrauchen.“ Er nannte dem Justizminister verschiedene Ausdrücke, die nicht Albertis Komplimentierbuch entnommen waren, und fragte, ob das Injurien seien. Der Justizminister mußte es als gewissenhafter Mann bejahen. Nun wurde der Fürst ärgerlich und meinte, dann sei es besser, er antworte gar nicht und Camphausen, der Vize-

Präsident des Staatsministeriums, übernehme die Beantwortung der Interpellation.

Es war nicht ganz leicht, dem Fürsten Vortrag zu halten. Er verlangte bei jeder Sache einen „suscitierenden Extrakt“, wie er es nannte, und behauptete, es gäbe keine noch so verwickelte Angelegenheit, aus der nicht der Kern mit wenigen Worten herausgeschält werden könne. Man gewöhnte sich allmählich daran, im Lapidarstil zu sprechen, und ich habe schließlich über Gesetzentwürfe von mehr als 100 Paragraphen in 10 Minuten referiert. Die Vorbereitung auf einen solchen Vortrag hatte freilich dann Stunden gekostet. Sobald ein Vortrag beendet war, gab der Fürst, ohne sich einen Moment zu besinnen, seinen Bescheid. Es war erstaunlich, mit welcher Sicherheit er immer sofort die Punkte herausfand, auf die es ankam. Niemals habe ich irgend ein Schwanken in der Entscheidung bei ihm bemerkt. Er wußte immer sofort, was er wollte. Freilich, wenn ihn eine Sache nicht näher interessierte, sagte er auch wohl: „Machen Sie, was Sie wollen.“

Indem wir im übrigen auf die Schrift selbst verweisen, möchten wir noch die eigenartige Beigabe zu derselben hervorheben, nämlich im Facsimile: zwei Seiten aus der 1881 erschienenen Broschüre „Die Secession“ (L. Bamberger zugeschrieben) mit Bismarcks Bleistiftbemerkungen am Rande. Es heißt da im Texte mit Bezug auf eine frühere Aeußerung des Fürsten, daß er von Fragen der inneren Gesetzgebung nichts verstehe, dafür lasse er Delbrück oder andere, die es anginge, sorgen: „Ist ihm, da wir doch schließlich dem von ihm selbst abgegebenen Zeugnis glauben dürfen, die höchste und tiefste Einsicht über Dinge, denen er sich bis dahin ferngehalten, im Handumdrehen zugeflogen?“ Der Fürst bemerkt dazu: „Nein, aber ich habe nach langem Widerstreben erkannt, daß die anderen ebenso unwissend, nur weniger bescheiden waren als ich.“

Die Logik der Gymnasial-Lehrpläne.

Man schreibt uns: Viele Ihrer Leser haben förmlich darauf gewartet, daß in der „Bad. Landesztg.“ eine Beleuchtung der Reformpläne des Herrn v. Sallwürk erscheinen würde, denn es läßt sich nicht leugnen, daß der im „Daheim“ abgedruckte Artikel des genannten Herrn sehr viel Kopfschütteln erregt hat. Um Unterh.-Bl. Nr. 62 hat eine sachkundige Feder jene grundverkehrten Vorschläge abgethan, doch ist es vielleicht nicht überflüssig, die eigentümliche Logik noch besonders zu beleuchten, die den betreffenden Lehrplänen zu grunde liegt. Wenn das die Logik ist, die durch das Turngerät des alten Klassizismus in den Köpfen herausgebildet wird, dann können wir nicht rasch genug damit aufräumen. Die Sache läßt sich in folgendes Schema bringen:

Voraussetzung I (Statistische Thatsache):

Unterklassen:	Oberklassen:
Mindestens 80 Proz. aller Gymnasiasten treten vor Abschluß der obersten Klasse aus der Anstalt aus;	höchstens 20 Proz. aller Gymnasiasten machen die Anstalt bis zur Reifeprüfung durch.

Voraussetzung II (Allbekannte Thatsache):

Die 80 Prozent Austretenden brauchen für das praktische Leben Realkenntnisse und neuere Sprachen;	nur die 20 Prozent Bleibenden brauchen für ihren künftigen gelehrten Beruf Lateinisch und Griechisch.

Schlußfolgerung des humanistischen Gymnasiums und des Herrn Oberschulrats v. Sallwürk:

Folglich legen wir Lateinisch und Griechisch in die unteren Klassen,	dagegen Realien und neuere Sprachen in die oberen Klassen.

Nicht wahr, eine herrliche Logik! Da muß man schon Aristoteles und Plato in der Ursprache studiert haben, um Obiges nur zu kapieren. Der Vollständigkeit wegen setzen wir auch noch hierher die

Schlußfolgerung des Reform-Gymnasiums:

folglich legen wir Realien und neuere Sprachen (für 80 Prozent der Schüler) in die unteren Klassen,	dagegen Lateinisch und Griechisch (für 20 Prozent der Schüler) in die oberen Klassen!

Es ist einleuchtend, daß das Reform-Gymnasium nach den Begriffen der Klassizisten eine durchaus unlogische, unhaltbare Anstalt sein muß!

Tagebuchblätter von Bord der „Darmstadt“.

Chinesisches Meer, 23. Januar 1898.
Poststempel Tsintau-Fort, 31. Januar.
Marine-Feldpost.

Von Hongkong nach Kiaotschau am 21. Januar.

Die ersten Strahlen der Morgensonne tauchten die Küsten des Himmlischen Reiches in flüssiges Gold und vor uns lag das Felsen-Eiland Hongkong mit seinen zerklüfteten Bergen, auf das wir nun lossteuerten. Bald war die Einfahrt erreicht. Zu beiden Seiten lagen wenig bewachsene Berge und niedliche Inseln, welche von den Engländern in Festungswerke umgewandelt worden sind, deren Wert allerdings heutzutage etwas zweifelhaft erscheint, da die Werke meist alle offen sind.

Die Stadt selbst liegt der Landseite zugekehrt und macht einen sehr hübschen, vornehmen Eindruck. Sie erinnert entschieden an Genua, das ich im vergangenen Jahr um dieselbe Zeit sah. Im Hintergrunde der Stadt liegt der 500 m hohe Viktoria Peak, von dessen Spitze aus das Einlaufen der Schiffe schon von weit her durch Flaggensignale gemeldet wird; gegenüber befindet sich die Halbinsel Kantung mit den englischen Docks für die Ozean-Dampfer und die Landungsbrücke für den „Lloyd“.

Dort sahen wir auch stolz im Winde die deutsche Kriegsflagge auf S. M. Kreuzer „Möve“ flattern. Wir gingen gegen 8 Uhr 30 Min. vor Anker mitten im Hafen, welcher in dieser Umgebung einem schweizerischen Gebirgssee glich. Ringsum sahen wir neben der englischen Flagge vorwiegend die deutsche von Handels- und Passagierdampfern wehen. Der englische Kreuzer „Powerfull“ sandte bald nach unserem Eintreffen einen Offizier zu unserer Begrüßung an Bord; desgleichen begrüßten uns Offiziere von S. M. S. „Möve“. Das Leben im Hafen entwickelte sich ähnlich dem in Port Said und Colombo, nur drängten sich nicht soviel Händler in Booten an uns heran, dies hatte aber wohl seinen Grund darin, daß für die Chinesen großer Feiertag war. Es wurde das Neujahrsfest gefeiert. Wären wir wenige Stunden später in den Hafen eingelaufen, so hätten wir keine Arbeiter zum Uebernehmen der Kohlen bekommen. Die Kohlen wurden nicht in häßlichen alten Prähmen herangefahren, sondern in zierlichen Dschunken, die mit ihren Matten-Segeln und dem Aufbau, wie ihn die Modelle der alten Schiffe vor 400 Jahren zeigten, einen freundlichen Eindruck machten. In diesem Aufbau wohnt die Familie des Schiffsführers mit Kind und Kegel. Auch auf den kleinen Booten, „Zamyas“ genannt, lebt stets eine Familie, von welcher gewöhnlich die Frau das Steuer führt, während der Mann und sämtliche Kinder rudern. Wir vertrauen uns indeß einem solchen Zamya zum Uebersetzen nicht an, sondern eine Dampfbarkasse, welche von Lloydagenten gechartert worden war, brachte uns an Land. Hatten wir schon von weitem die Eleganz der Stadt bewundert, so mußten wir dies in allernächster Nähe in erhöhten Maße thun.

Schöne große mehrstöckige Gebäude, alle aus Granit aufgeführt und mit Säulenhallen umgeben, schmücken die Strandstraße. Wir schlenderten durch die Queens Road, in welcher in Anbetracht des Feiertags besonders reges Leben herrschte; überall sahen wir Chinesen in Feiertagskleidern umherwandeln oder in Richshaws dahinfahren. Aus diesem Menschengewimmel ragten an verschiedenen Stellen mit Turbanen geschmückte Hindus hervor, welche hier von den Engländern als policeman benutzt werden. Die Geschäfte waren alle geöffnet und wurden auch viel besucht. Großen Absatz fanden die Blumen und Feuerwerks-Verkäufer. Von der Queens-Road führen mehrfach Straßen den Berg hinan, zum Teil so steil, daß sie nur auf Stufen zu passieren sind. In einer solchen Straße liegt auch das Gebäude des deutschen Klubs. Wir stiegen an demselben vorbei, weiter zur Höhe hinan und besuchten einen Tempel, in welchem, wie weiland im Tempel zu Jerusalem, auch Händler ihre Waren feilboten. Sehr geräumig war der nach der Straße zu offene Raum nicht, den einzigen Schmuck desselben bildeten drei Altäre mit Götzenbildern, zu welchen uns die Chinesen bereitwillig führten. Der Qualm und Dunst einer Anzahl von Kerzen und Räucherwerk erfüllte die Luft und benahm uns schier den Athem. Gegen 1 Uhr fanden wir uns im Deutschen Klub ein und wurden von den Herren freundlichst aufgenommen und aufgefordert, an ihrem Frühstück teilzunehmen, was wir dankbar annahmen und das uns auch bei einem Glase Flensburger Bier nach der Wanderung trefflich mundete. Jedoch lange durften wir uns nicht dabei aufhalten, denn die Zeit für uns war kurz und es war noch viel zu sehen. Gleich nach dem Frühstück wanderten wir nach dem botanischen Garten, welcher sehr hübsch gehalten, aber leider in dem einförmigen englischen Stil angelegt ist; immerhin mußte man bewundern, was Menschenhand hier geschaffen hat, um aus diesem felsigen Boden einen derartigen Ziergarten hervorzaubern zu können. Nach diesem Spaziergang fuhren wir mit der Drahtseilbahn auf den Viktoria Peak; in kürzester Frist ging es hinauf über Thäler und Schluchten hinweg, hinauf in schwindelnde Höhen. Doch mußten wir von der Endstation der Bahn noch etwa 20 Minuten bis zur Spitze des Berges klettern, von oben hatten wir einen entzückenden Rundblick über den Hafen, die Stadt und die etwa 17 km lange Insel. Auf dem Bergrücken befand sich auch eine englische Kaserne, welche mit ihren Säulenhallen und einem prachtvollen Garten eher einem Palaste glich. Gern hätten wir den Rückweg zur Stadt zu Fuß zurückgelegt, doch drängte die Zeit und wir vertrauten uns wieder der Drahtseilbahn an. (Forts. f.)

Verschiedenes.

Die Uebertragung des Typhus. Wir erinnern an die Mitteilung über die Ursache der Pforzheimer Typhusepidemie in